

# Haushaltsrede 2016/2017

der  Fraktion

im Rat der Stadt Hagen 

07. April 2016

Redner: Werner König

# Haushaltsrede für die SPD Fraktion zum Haushalt 2016/2017

**Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,**

Der Kämmerer hat sich in seiner Haushaltsrede mehrfach auf Aussagen seiner Reden früherer Jahre bezogen.

Und das mit Recht, denn die finanzielle Situation ist nach wie vor dramatisch.

Seit vielen Jahren, wenn nicht sogar Jahrzehnten, bemühen sich alle im Rat vertretenen Parteien darum, jährlich unter großen Anstrengungen den Haushaltsausgleich durch Konsolidierungsprogramme zu erreichen.

Diesen Weg musste schon der damalige und legendäre Stadtkämmerer Dr. Pesch mit dem Verkauf der Elektromark-Anteile an die HVG beginnen.

Seitdem wurden und werden Jahr für Jahr der Haushalt, die Einrichtungen und Leistungen der Stadt ausgequetscht, um die Millionenlöcher zu stopfen.

Bürgerinnen und Bürger, Mitarbeiter der Stadtverwaltung und der städtischen Unternehmen sowie auch die Ratsvertreter sind Leidtragende dieser Situation.

Und wir alle wissen, dass sich dieses Prozedere auch in den kommenden Jahren wiederholen wird.

Diese Politik hat die Stadt in eine Abwärtsspirale gebracht.

Die Folgen dieser Politik sind

- Verfall der städtischen Infrastruktur.  
Straßen, Brücken und Gebäude sind in einem erbärmlichen Zustand.  
Auf unsere Anfragen musste die Verwaltung sowohl für den Tiefbau als auch für den Hochbau einräumen, dass alles auf Verschleiß gefahren wird und die notwendigen Mittel für Instandhaltung nicht eingesetzt werden.
- Grünflächen werden nur noch ökonomisch und nicht ökologisch gepflegt,
- Die fehlende Stadtsauberkeit ist mehr als ein Ärgernis, das Thema Sauberkeit hat auch den Schulbereich erreicht.
- Die Ausstattung der Schulen ist nicht in dem sinnvollen Maß erfolgt.
- Dringend notwendige und vor allem präventive Maßnahmen im Jugend- und Sozialbereich werden beschnitten.
- Der Busverkehr in Hagen ist mehrfach zusammengestrichen worden, ganze Bevölkerungsgruppen werden insbesondere abends und an den Wochenenden vom öffentlichen Leben ausgeschlossen. Mit negativen Folgen für die Innenstadt und die Stadtteilzentren.

- Bauanträge haben Genehmigungszeiten, die in keiner Weise mehr zu verantworten sind, die negativen wirtschaftlichen Folgen sind deutlich.
- Bürgerämter wurden geschlossen oder die Öffnungszeiten deutlich eingeschränkt
- Und und und,

Die Liste lässt sich ohne Probleme verlängern.

Zunächst haben wir in der Vergangenheit versucht, die Probleme durch Kürzungen und Leistungseinschränkungen im Wesentlichen über die **Ausgabeseite** in den Griff zu bekommen.

**Ergebnis - keine Lösung**

Dann war die **Einnahmeseite** dran.

Nur ein Beispiel: Von 2010 bis 2016 wurde die Grundsteuer um 51,5% erhöht. Eine Maßnahme, die alle Mieter und Hausbesitzer in Hagen traf und trifft.

**Ergebnis - keine Lösung**

Erneut fehlen für den Haushaltsausgleich Millionen.

Nun also wieder ein Haushaltsentwurf, der diesmal eine Mischung aus Kürzen und Einnahmesteigerungen enthält.

Es sollen

- die Elternbeiträge für die KiTas erhöht,
- die Vereine mit der Sportstättenbenutzungsgebühr unverantwortlich belastet,
- für die Straßenunterhaltung die schon jetzt zu geringen Mittel für 2 Jahre um jährlich 200.000 € gekürzt

werden.

Der Oberbürgermeister und der Kämmerer wollen bis auf das Westfalenbad alle anderen Hagener Bäder schließen,

Meine Damen und Herren,

Gleichwohl wissen wir alle,

Dieser Haushalt steht nicht nur auf wackeligen Beinen sondern auf Treibsand.

Sie haben wider besseres Wissen die Abführungen der Sparkasse für den Planungszeitraum unverändert gelassen. Das ist zumindest grob fahrlässig.

Sie gehen von unverändert sprudelnden Steuereinnahmen und dem niedrigen Zinsniveau aus.

Sie haben die Personalkostensteigerungen, die durch die berechtigten Forderungen Verdis uns noch erreichen werden, viel zu niedrig angesetzt.

Sie legen nach dem Motto „Liebe, Glaube, Hoffnung“ einen formal ausgeglichenen Haushalt hin.

Das bedeutet doch, dass die Risiken dieses Haushalts uns in den kommenden Jahren zu erneuten Kürzungsrunden oder Gebührenerhöhungen- und Steuererhöhungen zwingen werden.

Nicht berücksichtigt ist dabei das Risiko der Verschiebung des Haushaltsausgleichs auf das Jahr 2017.

Die Kritik an dem Vorgehen des OB und des Kämmerers, die wir an der bisher nicht erfolgten Abstimmung mit dem Land geäußert haben, will ich an dieser Stelle nicht wiederholen.

Aber:

Nach § 8 Absatz 2 Stärkungspaktgesetz kommt eine Verlängerung der Ausgleichsfrist nur bei nicht absehbaren und von der Gemeinde nicht zu beeinflussenden erheblichen Veränderungen der finanziellen Situation der Gemeinde in Betracht.

Noch haben wir Zweifel, dass wir diese Voraussetzungen auch gegenüber dem Land rechtssicher nachweisen können.

Wir bieten Ihnen an, dass wir gemeinsam mit Ihnen und den SPD-Abgeordneten im Landtag intensiv für eine Lösung im Sinne des Hagener Haushalts beim Innenministerium eintreten.

Sie sollten der Versuchung widerstehen, dass eine Ablehnung der Verschiebung des Haushaltsausgleichs durch den Innenminister für CDU und FDP den Landtagswahlkampf gegen Rot Grün in Hagen beflügeln könnte.

Es sollte auch Ihnen ausschließlich um Hagen gehen.

Unabhängig davon werden wir uns demnächst wieder mit der Finanzkrise der Stadt beschäftigen müssen.

Meine Damen und Herren,  
es ist von daher an der Zeit, dass wir versuchen uns über andere Ansätze den Problemen zu nähern.

Ich unterstelle sowohl der Verwaltung als auch allen im Rat vertretenen demokratischen Fraktionen, dass sie die Belastungen, die dieser Haushaltsentwurf enthält, nicht beschließen wollen, weil sie das inhaltlich für richtig halten, sondern weil die Haushaltslage sie dazu veranlasst.

Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass die Verwaltung seit Jahren immer wieder mit denselben Vorschlägen versucht, das Problem in den Griff zu bekommen. Aber es muss andere Lösungen geben, und es gibt sie!

Wir müssen gemeinsam aus dem Hamsterrad ständiger Haushaltskonsolidierung aussteigen und die Vergeblichkeitsfalle verlassen.

Das Defizit liegt nach dem Verwaltungsentwurf für 2016 bei 13,5 Mio €. Berücksichtigt man die Stärkungspaktmittel von 36 Mio €, so ist der eigentliche Fehlbetrag bei knapp 50 Mio €.

Die für den Haushaltsausgleich entscheidende Ergebnisrechnung enthält allein 43,9 Mio. € für Abschreibungen und 31 Mio. € für sonstige Rückstellungen. Also zusammen eine Gesamtsumme von 74,9 Mio. €.

Könnten wir in Hagen unseren Haushalt nach denselben Grundsätzen aufstellen wie Bund und Land, würde keiner über ein Haushaltsdefizit reden.

### **Denn weder Land noch Bund kennen in ihren Haushalten Abschreibungen und Rückstellungen**

Die Gemeinden sind wieder diejenigen, denen durch den Gesetzgeber derartige „Buchgelder“ in die Haushalte hineingepresst werden.

Das NKF hat mit den Abschreibungen ein Instrument aus der kaufmännischen Buchführung auf die Kommunalverwaltung übertragen, das völlig ungeeignet ist.

Es kann doch nicht sein, dass für dieses virtuelle Geld in Form der Abschreibungen, die die Erfolgsbilanz mehr als negativ beeinflussen, durch Kürzungen in der realen Welt angekämpft werden muss.

Dieser haushaltstechnische Irrweg der Abschreibungen muss beendet werden.

### **Aber selbst in dem derzeitigen System der Abschreibungen gibt es Möglichkeiten, unsere Situation zu verbessern.**

Die Gemeindeprüfungsanstalt hat festgestellt, dass die Stadt Hagen bezogen auf die Einwohnerzahl das zweit höchste Vermögen aller kreisfreien Städte hat.

Das liegt jedoch nicht an der hohen Investitionsquote in Hagen.

Nein, das liegt einfach daran, dass bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz das vorhandene städtische Vermögen erheblich zu hoch bewertet wurde.

Es wurde insbesondere im Bereich der Straßen von der Größe einer Erbse auf die Größe einer Tomate aufgeblasen.

Ziel dieser Bewertung war, bei der Eröffnungsbilanz eine Überschuldung zu vermeiden. Das konnte damals erreicht werden, aber seit Jahren ist inzwischen die Überschuldung trotzdem da.

Die Folgen der unrealistischen Eröffnungsbilanz finden wir jetzt in den überhöhten Abschreibungen wieder. Dafür müssen wir jetzt teuer bezahlen.

Allein diese 43 Mio. € an Abschreibungen machen den Haushaltsausgleich unmöglich.  
Es hätte eine Chance zur Veränderung im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten gegeben.

Aus § 92 Abs. 7 S. 3 GO NRW ergibt sich, dass die Eröffnungsbilanz letztmals im vierten auf die Eröffnungsbilanz folgenden Jahresabschluss berichtigt werden kann.

Letztmalig hätte eine Berichtigung der Eröffnungsbilanz im Jahresabschluss 31.12.2013 erfolgen können.

Das ist leider nicht geschehen.

Jede eigentlich dringend notwendige Neubewertung des Vermögens würde nach den derzeitigen gesetzlichen Regelungen zu Sonderabschreibungen führen. Diese Sonderabschreibungen würden das Haushaltsjahr zusätzlich belasten, in dem sie erfolgen.

Aber wir können doch nicht ernsthaft jedes Jahr weiter über 40 Mio. € an Belastungen für den Haushaltsausgleich ansetzen.

Die tatsächliche Summe der Kredite der Stadt ist doch – und darauf ist der Kämmerer besonders stolz – um über 45 Mio. € im Zeitraum von Ende 2014 bis Anfang 2016 gesunken.

Das macht deutlich, dass es sich bei den Abschreibungen um Buchgeld handelt, das mit der tatsächlichen Finanzlage der Stadt nichts zu tun hat.

Die Gemeindeprüfungsanstalt stellt fest, dass unser Vermögen offensichtlich zu hoch bewertet ist, anders sind die Hinweise nicht zu verstehen.

Insgesamt müssen wir gegenüber der Landesregierung dafür eintreten, dass für den Haushaltsausgleich die Abschreibungen gar nicht oder allenfalls für Investitionen seit Inkrafttreten des NKF berücksichtigt werden.

Nur einige wenige Anmerkungen zu den sonstigen Rückstellungen:

Bei den sonstigen Rückstellungen bestehen allein über 6 Mio. € Rückstellungen für Überstunden und nicht genommenen Jahresurlaub der städtischen Mitarbeiter. Darin sind allein über 600,000,-- € für Überstunden der Feuerwehrmitarbeiter enthalten.

Das Land kennt derartige Rückstellungen für Überstunden nicht. Die massiven Überstunden für die Dienstkräfte der Polizei werden nicht durch Rückstellungen abgebildet.

Aber von den Gemeinden verlangt das NKF derartige Rückstellungen.

Auf jeden Fall lassen sich hier durch gemeinsam mit der Personalvertretung zu entwickelnde Konzepte mehr Mittel für den Haushaltsausgleich erzielen, als durch die unselige Sportstättenbenutzungsgebühr.

Hier ist der Oberbürgermeister im Rahmen seiner Organisations- und Personalhoheit gefordert, wir erwarten von ihm konkrete Maßnahmen.

Meine Damen und Herren,

um einer Legendenbildung vorzubeugen, auch die SPD wird in den kommenden Monaten und Jahren sich weiter konstruktiv an den weiteren Beratungen zur Umsetzung des bisherigen Haushaltssanierungsplans beteiligen.

Dabei werden wir uns aber davon leiten lassen, dass die Maßnahmen diese unsere Stadt nicht beschädigen.

Wir als Sozialdemokraten werden uns dabei auf die Sicherung der Infrastruktur einschließlich eines funktionierenden öffentlichen Nahverkehrs und den Sozial- und Jugendbereich sowie den Bildungsbereich besonders konzentrieren.

Die Hagenerinnen und Hagener tragen mit der Grundsteuer bzw. ihren Mietnebenkosten schon eine sehr hohe Last.

Ich will an dieser Stelle gar nicht erst Vergleiche zu anderen Regionen in Deutschland ziehen.

Es ist unsere Pflicht dafür zu sorgen, dass wir ihnen dafür auch eine lebenswerte Stadt bieten.

Dabei müssen wir auch auf die gesellschaftlichen und demografischen Entwicklungen reagieren und daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen.

Der Haushalt 2016 / 2017 enthält keine Ansätze für eine Weiterentwicklung der Stadt.

Sie sind nicht einmal unserer Forderung nachgekommen, zusätzliche Investitionen für eine funktionierende Infrastruktur in den Haushalt einzustellen. Das ist kein Luxus, sondern eine dringend notwendige Verpflichtung. Schon jetzt sind einige Hagener Brücken für den Schwerlastverkehr gesperrt und Straßen zu Schlaglochalleen verkommen.

Über einen Abschreibungszeitraum von 50 Jahren sprechen wir hier bei unserer Forderung von einer jährlichen Belastung von 100 000 €. Damit hätte ein spürbarer Beitrag für die Sicherung der notwendigen Infrastruktur geleistet werden können.

Die Abschreibungen insgesamt und für Hagen als Besonderheit die Eröffnungsbilanz hängen wie ein Mühlstein um unseren Hals und ziehen uns Jahr für Jahr ein Stück tiefer in das Finanzdesaster.

Herr Gerbersmann,

ich muss trotz unserer anderen Position zum Haushalt Ihnen meinen Respekt zollen. Und zwar, weil Sie der Einzige sind, der seine Argumente auch öffentlich vertritt. Der Oberbürgermeister und der Kämmerer wollen bis auf das Westfalenbad alle Bäder schließen. Der OB ist bei der Frage des Haushalts auf Tauchstation, das entspricht sicher nicht der Aufgabe eines hauptamtlichen Oberbürgermeisters.

Gleichwohl erlaube ich mir, Ihnen Herr Gerbersmann in zwei wichtigen Passagen Ihrer Haushaltsrede zu widersprechen.

## **Auszug aus der Haushaltsrede des Kämmerers**

### These von Gerbersmann

Die Neuverschuldung muss daher unbedingt gestoppt werden. Und das nicht nur, weil das Stärkungspaktgesetz es vorschreibt.

Nein: vor allem, weil wir ansonsten unsere Kinder diesen Schuldenberg abarbeiten lassen, nur weil wir selber den Mut nicht haben, um rechtzeitig unsere Leistungen auf das finanzierbare einzuschränken.

### SPD Position

Wie vorhin schon dargestellt, ist die Kreditsumme gesunken.

Wir sind verantwortlich dafür, dass unsere Kinder mit einer nicht funktionierenden Infrastruktur leben müssen, die ihnen die Arbeits- und Lebensperspektiven in Hagen deutlich verschlechtern.

Deshalb geht es nicht nur um den Schuldenabbau, es geht auch um die Zukunftsinvestitionen zur Sicherung des Standortes Hagen.

Wir befinden uns mit dieser Position in guter Gesellschaft.

Sowohl der DGB als auch die SIHK fordern, dass die Stadt dringend für die Sanierung der Infrastruktur mehr Mittel einsetzt.

Es wird die Hagener nicht trösten, wenn sie vor gesperrten Brücken mit dem Hinweis beglückt werden, dass die Verschuldung abgebaut wird und die notwendigen Abschreibungen im Haushalt enthalten sind.

### Noch einmal ein Auszug aus der Haushaltsrede des Kämmerers

So schmerzhaft die bisherigen und zukünftigen Maßnahmen auch sind, ich bleibe dabei, dass nach meiner Einschätzung Hagen auch danach eine liebens- und lebenswerte Stadt bleibt. Schließlich setzen wir damit in vielen Fällen nur die Dinge um, die in anderen Städten längst Alltag sind oder immer schon waren, ohne dass die Menschen dort ihre Stadt als unbewohnbar empfinden.

### SPD Position

Herr Gerbersmann, das wird auch durch das ständige Wiederholen nicht richtiger.

Die Schließung aller Freibäder und die Konzentration auf das Westfalenbad sind sozial nicht gerechtfertigt.

Es gibt auch in Hagen in nicht unerheblicher Zahl Familien, die sich keine teuren Urlaubsreisen leisten können und die froh sind, wenn sie ihre Ferien in einem der beiden Hagener Freibäder verbringen können.

Die entsprechende Familienkarte für 2 Erwachsene und 2 Kinder kostet immerhin schon für einen Tag 11,-- €.

Im Westfalenbad wären für eine entsprechende Tageskarte 26,60 € fällig.

Unabhängig davon, dass das Westfalenbad eben kein Freibad ist.

Es mag im Ruhrgebiet ähnliche Einschnitte in die Infrastruktur und die öffentlichen Einrichtungen geben, wie Sie, Herr Gerbersmann, sie für Hagen als nicht vermeidbar ansehen.

Aber in den neuen Bundesländern werden eine Infrastruktur und eine soziale und kulturelle Vielfalt an Einrichtungen geboten, die der Maßstab für alle Bundesländer sein sollte.

Einige wenige Beispiele

**Stadt Halle 238.000 Einwohner**

- 5 Theater und Opernbühnen
- Staatskapelle
- 4 Museen
- 1 Hallenbad
- 3 Freibäder (Die Tageskarte für eine Familie kostet übrigens nur 8,-- €)

**Stadt Zwickau 90.000 Einwohner zum Vergleich Stadt Iserlohn 95.000**

- 5 Museen
- 2 Hallenbäder
- 3 Freibäder,
- Theater mit Musiktheater, Schauspiel und Ballett
- Orchester

**Dessau 88.000 Einwohner zum Vergleich Lüdenscheid 76 400**

- Anhaltinisches Theater Dessau  
4 Sparten Theater (Musiktheater, Schauspiel, Ballett, Puppenspiel)
- Philharmonisches Orchester
- 3 Museen
- 7 Frei- und Naturbäder
- 2 Hallenbäder

**Weimar 65.400 Einwohner**

- Staatskapelle Weimar
- Theater mit den Sparten Oper und Schauspiel
- 3 Museen
- 1 Freibad
- 1 Hallenbad

**Görlitz 53.000 Einwohner**

- 6 Museen
- Theater mit Musiktheater, Schauspiel und Ballett
- Philharmonisches Orchester
- Hallenbad (Neise Bad Görlitz)

**Bautzen 39.000 Einwohner**

- 4 Museen
- 3 Sparten-Theater  
Ballett, Chor, Orchester, Puppentheater
- 1 Hallenbad
- 1 Freibad

Die Darstellung ist sicher nicht vollständig.

Ich bin überzeugt, dass es noch weitere Beispiele für eine positive Infrastruktur auch auf anderen Politikfeldern gibt.

Nur zur Ergänzung: Während in Hagen der Hebesatz für die Grundsteuer bei 750 und für die Gewebesteuer bei 520 liegt gelten für die von mir genannten Städte in den neuen Bundesländern Hebesätze bei der Grundsteuer von 380 (Bautzen) bis maximal 500 (Halle und Görlitz) und bei der Gewerbesteuer von 400 bzw. 450.

Mit den im Haushalt der Stadt enthaltenen Mittel für den Aufbau Ost (2015 = **6.500.000,-€**) finanzieren wir eine kulturelle und sportliche Infrastruktur in den neuen Bundesländern mit, die weit über das in NRW als Standard angesehene Niveau hinausgeht.

Gleichzeitig ist die steuerliche Belastung der Einwohner deutlich geringer als bei uns.

Es ist den Hagerinnen und Hagerern nicht mehr zu erklären, dass wir zur Finanzierung derartiger Einrichtungen in den neuen Bundesländern unsere Einrichtungen schließen oder zurückfahren.

**Deshalb ist unsere Forderung an das Land, dass diese Mittel für den Aufbau Ost beim Haushaltsausgleich demnächst nicht berücksichtigt werden.**

**Es muss gesetzlich sichergestellt werden, dass mit Auslaufen der bisherigen Regelung im Jahr 2019 die Mittel für den Aufbau Ost von den Gemeinden nicht mehr zu tragen sind.**

Wir werden dazu in Kürze einen Antrag einbringen und versuchen, eine gemeinsame Position des Rates dazu zu entwickeln.

Meine Damen und Herren,

Sie sehen, es gibt Ansätze, die zu deutlicher Verbesserung unserer Situation führen können.

- Wir können für Hagen nachweisen, dass wir unseren Haushalt sowohl von der Ausgabenseite als auch von den Einnahmen erheblich verbessert haben.
- Wir sind schon in einigen Bereichen deutlich über die Schmerzgrenze gegangen.
- Wir bauen unsere Kredite zurück.
- Wir werden weiter sorgsam auf die Haushaltsdisziplin achten.
- Aber wir müssen auch die Kirche im Dorf lassen.
- Virtuelle Ausgaben in Millionenhöhe können und wollen wir nicht durch weitere Kürzungen und Gebühren bzw. Steuererhöhungen ausgleichen.

Es gilt jetzt die genannten Forderungen in konkreten Gesprächen mit dem Innenministerium und den Landtagsfraktionen mit Unterstützung unserer Landtagsabgeordneten hart und konsequent zu vertreten.

Es ist sicher keine Überraschung wenn ich jetzt erkläre:

Die SPD Fraktion wird dem Haushalt und dem Haushaltssanierungsplan nicht zustimmen.

Diese Entscheidung treffen wir nicht,

- weil wir uns der Verantwortung für diese unsere Stadt nicht stellen wollen  
oder
- weil es sich in der Oppositionsrolle für Hagen bequem leben würde.

Nein diese Entscheidung treffen wir,

- weil das, was hier heute zur Beschlussfassung vorgelegt wird, keinen langfristig wirkenden Beitrag zur notwendigen Haushaltssanierung darstellt.
- weil mit diesem Haushaltsentwurf und dem HSP durch z. B. die Erhöhung der Elternbeiträge für die Kindertageseinrichtungen und die Sportstättenbenutzungsgebühr gegen virtuelle Ausgaben in Millionenhöhe angekämpft wird,  
und
- weil der Entwurf die falschen Signale für die Entwicklung unserer Stadt sendet.

Trotzdem gilt:

Wir übernehmen nach wie vor Verantwortung im Interesse unserer Stadt.

Wir wollen gemeinsame Lösungen.

Wir wollen Zukunftsperspektiven für Hagen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.